

Globalisierung oder Gerechtigkeit?

Politische Gestaltung und soziale Grundwerte
Herausgegeben von der Otto Brenner Stiftung

160 Seiten | 2003 | EUR 12.40 | sFr 22.50
ISBN 3-89965-002-6 1

Text ist nicht mehr lieferbar

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit! So die Antwort der AutorInnen auf die im Titel gestellte Frage. Gleichwohl fällt sie in der Ausgestaltung und Reichweite höchst unterschiedlich aus.



Nicht nur die Proteste in Florenz, Seattle oder Genua machen deutlich, dass die Globalisierung und ihre Folgen dringend politischer Gestaltung bedürfen, auch der steigende Unwille breiter Bevölkerungsschichten zu Beginn des 21. Jahrhunderts unterstreicht dieses Erfordernis. Weitere Indizien für diese gesellschaftlichen Umbrüche sind die Tatsache, dass Konzerne Regierungen manipulieren und dass Proteste und Boykotts von Verbrauchern inzwischen oft mehr Wirkungen zeigen als der Gang zur Wahlurne.

Hat das Pendel des Kapitalismus zu weit und zu einseitig ausgeschlagen? Hat uns die "freie Marktwirtschaft" blind dafür gemacht, dass zu viele Menschen auf der Strecke bleiben? Welche politischen Gestaltungsspielräume hat der Staat bei der vorherrschenden neoliberalen Denkrichtung noch? Und wie kann sichergestellt werden, dass Arbeitnehmerrechte weltweit dabei nicht unter die Räder kommen? Antworten auf diese Fragen diskutierten die Teilnehmer der Jahrestagung 2002 der Otto Brenner Stiftung.

Leseprobe 1

Michael Blank

Globalisierung oder Gerechtigkeit? **Auch in diesem Jahr** ging es bei der Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung wieder um das Thema Globalisierung. Standen vor einem Jahr die Akteure der Globalisierung im Mittelpunkt,[1] so befassten wir uns dieses Mal mit eher inhaltlichen Fragen – es ging um das Verhältnis von Globalisierung und Gerechtigkeit. **Vier Fragestellungen** haben uns ganz besonders beschäftigt und stellen daher die Schwerpunkte dieser Dokumentation dar: **1. Gerechtigkeit ist ebenso** wie Globalisierung ein schillernder, mitunter schwer fassbarer Begriff. Eines scheint klar: Man kann schlechterdings nicht gegen Gerechtigkeit sein. Als politische Kategorie steht Gerechtigkeit für das Gute, Ungerechtigkeit für das Böse. Aber was ist hier und heute gerecht? Wenn jede Regierung und jede politische Partei ihre Ziele als gerecht und die ihrer politischen Gegner als ungerecht propagiert, ist der Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet. Der Bundestagswahlkampf 2002 hat uns das bis zum Verdruss vor Augen geführt. **Die Verwirrung** wird dadurch noch größer, dass das grundlegende Prinzip des sozialen Ausgleich in den modernen entwickelten Staaten von niemanden mehr in Frage gestellt wird. Um so mehr wird dafür über den Umfang des für notwendig erachteten Ausgleichs gestritten. Auch in den USA, dem gelobten Land des Neoliberalismus, findet sozialstaatliche Umverteilung statt. Der Umfang ist allerdings sehr viel geringer als in Europa. Ist Gerechtigkeit unter diesen Bedingungen überhaupt noch eine sinnvolle politische Aussage? Kann sie bei der Beurteilung der Chancen und des Zugangs zu den gesellschaftlichen Ressourcen weiterhelfen? Könnte man andererseits überhaupt darauf verzichten? Und wenn Gerechtigkeit heute nicht mehr nationalstaatlich definiert werden kann, was bedeutet dann Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert? Ist also Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert nur eine Worthülse oder ein zentraler Grundwert sozialer Politik? Diese Frage diskutieren Gregor Gysi, Ursula Engelen-Kefer, Karl Kardinal Lehmann und Edzard Reuter in ihren Beiträgen am Schluss des Bandes. **2. Anthony Giddens** hat auf unserer ersten Jahrestagung darauf hingewiesen, dass die Globalisierung nicht nur die Wirtschaft verändert, sondern Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche hat.[2] Sie macht vor den Rechtsordnungen der Nationalstaaten nicht Halt und, was vielleicht noch wichtiger ist, sie verändert auch unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit und sogar unser Gerechtigkeitsgefühl. **Indem das "globale Dorf"** Realität wird, verlieren die Nationalstaaten an Bedeutung. Sie sind, wie der amerikanische Soziologe Daniel Bell sagt, zu klein geworden für die großen Probleme und zu groß für die kleinen. Damit ist auch Gerechtigkeit nicht länger eine nationale Frage. Armut und Reichtum, der Zugang zu und die Verteilung von Ressourcen sind gleichzeitig nationale und globale

Probleme, die politische Antworten verlangen. **Ob die Globalisierung Gerechtigkeit ermöglicht** oder verhindert, ist möglicherweise eine sinnlose Frage. Ihre Kritiker verweisen zu Recht darauf, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten 20 Jahren größer geworden ist – eine Feststellung, die im weltweiten Maßstab ebenso zutrifft wie für die Nationalstaaten. Aber es dürfte auch nicht falsch sein, wenn die Befürworter der Globalisierung die Entwicklungspotenziale ins Feld führen, die Handel und Wandel mit sich bringen. **Auch wenn die Kritiker** die Tatsachen auf ihrer Seite haben: Die Vision einer ökologischen und sozialen Weltgesellschaft hat keineswegs ausgedient. Sie ist für politisches Handeln wichtiger denn je. In welchem Ausmaß soziale Gerechtigkeit als Maßstab politischen Handelns unter den Druck der Globalisierung geraten ist und welche Spielräume der Politik verbleiben, diese Frage behandeln die Beiträge von Noreena Hertz, Susan George und Friedhelm Hengsbach am Beginn des Bandes. Alle drei sind profilierte Kenner der Materie. **3. Welche aktuellen Anforderungen** an eine Politik sozialer Gerechtigkeit können wir ausmachen? Innenpolitisch stellt sich die Lage nach der Bundestagswahl im September 2002 alles andere als in einem rosigen Licht dar. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau, die Situation der Krankenkassen ist mehr als kritisch, die Perspektiven der Weltkonjunktur sind düster. Der innenpolitische Handlungsspielraum wird überdies durch die Neuverschuldungsquote des Europäischen Stabilitätspakts begrenzt. **Ob und wie wir unter diesen Bedingungen** national das Niveau des sozialen Ausgleichs erhalten und international unseren Beitrag zur Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich steigern können, dazu wird der IG Metall Vorsitzende Klaus Zwickel sich in seinem Beitrag äußern. Ulrich Schneider ergänzt dies aus der Sicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Martin Kannegiesser aus der von Gesamtmetall. **4. Was schließlich ist die Schlüsselfrage** der Arbeitnehmerrechte in einer globalisierten Welt? Ohne die grundlegenden Arbeitnehmerrechte, ohne Koalitionsfreiheit und Streikrecht, ohne das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, ohne Mindesturlaub, Kündigungsschutz und geregelte Berufsausbildung hätten sich die modernen Sozialstaaten, bei aller Unterschiedlichkeit im Detail, nicht entwickeln können. Sie gehören zum Selbstverständnis der europäischen Rechtskultur und es ist deshalb folgerichtig, dass sie als soziale Grundrechte in absehbarer Zeit auch Eingang in eine Europäische Verfassung finden sollen. **Viele der weniger entwickelten Staaten** sind davon noch weit entfernt. Sie locken Kapitalinvestitionen ins Land, indem sie die grundlegenden Arbeitsnormen unterdrücken. Aber diese Politik ist kurzsichtig. Der Weg der Entwicklung weist in die entgegengesetzte Richtung. Er schließt die Entwicklung des human capital mit ein. **Die Internationale Arbeitsorganisation** und die Internationalen Gewerkschaften haben die Durchsetzung der Kernarbeitsnormen in den Mittelpunkt gerückt. Sie verfolgen dabei eine neue Strategie. International tätige Unternehmen sollen sich in freiwilligen Verhaltenscodizes, Codes of Conduct, zur weltweiten Einhaltung der Kernarbeitsnormen verpflichten. Zu den internationalen Arbeitnehmerrechten und ihrer Umsetzung wird in den Beiträgen von Kari Tapiola, Dirk Mahler und Erich Klemm Stellung bezogen. Alle drei Autoren verfügen über langjährige Praxiserfahrungen: Kari Tapiola ist Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, Dirk Mahler ist Beauftragter für Grundsatzfragen des Arbeitsrechts der Freudenberg-Unternehmensgruppe, die mit dem Internationalen Chemie-, Energie- und Bergbau-Gewerkschaftsbund und der IGBCE einen Verhaltenskodex abgeschlossen hat, und Erich Klemm verfügt als Gesamtbetriebsratsvorsitzender der DaimlerChrysler AG ebenfalls über einschlägige Praxis. **Am Schluss des Bandes** fasst Klaus Lang die zentralen Ergebnisse der interessanten Diskussionen der Jahrestagung 2002 der Otto Brenner Stiftung aus seiner Sicht zusammen: Über viele Dinge hat es "kontroverse Diskussionen gegeben, insbesondere über die Ausgestaltung und die Reichweite von Globalisierung und sozialer Gerechtigkeit. In einem waren sich jedoch alle Beteiligten einig: Es geht vor allem und auf jeden Fall um Globalisierung und Gerechtigkeit." Dies herauszuarbeiten, war eines der Ziele der Tagung. [1] Siehe dazu Christopher Flavin / Brigitte Young / Christoph Scherrer / Klaus Zwickel u.a., Global Governance. Gewerkschaften und NGOs – Akteure für Gerechtigkeit und Solidarität, Herausgegeben von der Otto Brenner Stiftung, Hamburg 2002. [2] Heiner Flassbeck / Anthony Giddens / Franziska Wiethold / Klaus Zwickel u.a., Ein dritter Weg ins dritte Jahrtausend, Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Herausgegeben von der Otto Brenner Stiftung, Hamburg 2000, S. S. 12ff. und S. 53ff.

Leseprobe 2

Klaus Lang

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit! **Globalisierung oder Gerechtigkeit** war die bewusst provozierende Fragestellung für die Jahrestagung 2002 der Otto Brenner Stiftung. Es hat kontroverse Diskussionen gegeben, insbesondere über die Ausgestaltung und die Reichweite von Globalisierung und sozialer Gerechtigkeit. In einem waren sich jedoch alle Beteiligten einig: Es geht vor allem und auf jeden Fall um Globalisierung und Gerechtigkeit. Ich gehe sogar noch weiter und formuliere: In der heutigen Welt brauchen wir mehr Gerechtigkeit durch mehr Globalisierung in dem Sinn, wie es verschiedene Autorinnen und Autoren in ihren Beiträgen angesprochen haben. Einige abschließende Bemerkungen und Präzisierungen, was denn das "und" nun beinhalten müsste, aus meiner Sicht: **Erstens:** Globalisierung ist unsere Lebenswelt. Auch nach dem, was Noreena Hertz und Susan George in ihren Interventionen herausgestellt haben, sage ich: Eine grundlegende Alternative, ein Ausstieg aus der Globalisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen, des Waren- und Güterverkehrs, der Kultur und der Politik, ist aus meiner Sicht nicht gegeben. Wir müssen uns darauf konzentrieren Globalisierung zu gestalten – durch

politischen Einfluss, durch soziale Bewegungen, durch institutionelle Reformen. **Zweitens:** Friedrich Hengsbach besteht zu Recht darauf, den Globalisierungsdruck für Deutschland zu relativieren. Es entstehen – darauf hat insbesondere Martin Kannegiesser hingewiesen – sicherlich andere Wettbewerbsbedingungen durch die Globalisierung. Betriebsrätinnen und Betriebsräte, hauptamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erleben das tagtäglich als Realität. Aber Globalisierung darf nicht zum Alibi für politisches Nichtstun werden. Globalisierung darf nicht dazu führen, dass man sagt: Im Namen der Globalisierung müssen die sozialen Sicherungssysteme abgerüstet und die Institutionen der Daseinsvorsorge privatisiert werden. **Und außerdem gilt:** In Zeiten der Globalisierung, des radikalen Wandels von Arbeits- und Lebensbedingungen, der Entwurzelung vieler Menschen, der Umkehrung der Verhältnisse, in diesen Zeiten ist stabile und institutionalisierte soziale Gerechtigkeit wichtiger denn je. Institutionalisierte soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen den Wandel überhaupt bewältigen können, dafür dass ihnen die Angst genommen wird und dafür, dass sie nicht ausgegrenzt werden oder auf der Strecke bleiben. **Drittens:** Ulrich Schneider hat herausgestellt – und ebenso machen es in anderer Weise sowohl Gregor Gysi als auch Edzard Reuter deutlich –, dass wir in der Diskussion um die Reform der sozialen Sicherungssysteme erst am Anfang stehen und eigentlich viel weitergehende Fragen diskutieren müssten als zum Beispiel die, ob eine Beitragshöhe von X% zu hoch oder zu niedrig ist. Ulrich Schneider weist zu Recht darauf hin, dass unser Verständnis von Gerechtigkeit sehr stark von Leistungsgerechtigkeit bestimmt ist; die protestantische Ethik, deren Prinzip man einfach wie folgt formulieren kann: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", prägt unser Gerechtigkeitsverständnis entscheidend. Wenn wir die Unterscheidung zwischen Leistungsgerechtigkeit und Barmherzigkeit, die Ulrich Schneider in die Diskussion eingeführt hat, nicht zur Grundlage einer Reform bzw. Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme machen wollen, müssen wir über andere Dinge nachdenken, im Zweifel auch neue Fragen aufwerfen und diskutieren. Können wir z.B. die sozialen Sicherungssysteme ausschließlich auf dem Wege reformieren, dass wir sagen, mit der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit entstehen die erforderlichen finanziellen Spielräume für deren Fortbestand? Oder müssen wir uns – so schwer das Gewerkschaften fällt – nicht auch damit auseinandersetzen, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit Bestand haben wird, so dass eine andere Finanzierungsgrundlage für die sozialen Sicherungssysteme erforderlich wird. Noch weiter: Müssen wir in der Tat den Wandel der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse hin zu mehr Selbständigkeit, zu anderen Arbeitsformen nicht auch nutzen, um die Reform der sozialen Sicherungssysteme und ihrer Finanzierung – Gregor Gysi hat es in seinem Beitrag angedeutet – noch viel radikaler zukunftsorientiert zu diskutieren? Und schließlich: Ist es richtig, die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme primär an den Faktor menschliche Arbeit zu knüpfen unter dem Rubrum der Parität?

Jedenfalls ist die inzwischen seit fast 15 Jahren in der Diskussion befindliche Frage um eine Grundsicherung (z.B. durch Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme, der sozialen Sicherheit insgesamt) meines Erachtens noch nicht erledigt. Wir müssen eine neue Debatte darüber beginnen. Dazu gehört, die Idee einer Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln und in die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung einzubringen, auch und gerade um wechselnde Arbeits- und Lebensverhältnisse in soziale Sicherungsverhältnisse zu gießen; das wäre eine der Reformen, die die wiedergewählte rot-grüne Regierung angehen müsste, und vor der sie die Augen nicht verschließen dürfte. **Viertens:** Gerechtigkeit ist keineswegs durch ein Zuviel an Gleichheit gefährdet. Sowohl national als auch global sprechen die Zahlen und Fakten eine deutliche Sprache. Ob wir den nationalen Armutsbericht nehmen, der im Jahr 2001 zum ersten Mal vorgelegt worden ist, oder die UNCTAD-Berichte über die weltweiten Entwicklungen – überall haben wir es mit immer größer werdender Ungleichheit zu tun. Es ist einfach absurd, angesichts all dieser Tatsachen zu behaupten, dass ein Mehr an Ungleichheit Gerechtigkeit fördern würde. Nicht die Ungleichheit, sondern das Streben sie zu verringern und zu überwinden, das Streben nach Gleichheit – was nicht Uniformität ist – ist der Motor sozialen Fortschritts und gesellschaftlicher Entwicklung.

Fünftens: Unbestritten bleibt, dass bei all der Frage, was Gerechtigkeit ist, auf die es keine abschließende Antwort gibt, eines in der Tat evident fest steht: Die wirklichen Gerechtigkeitsprobleme treten weltweit auf, die nationalen Verteilungsprobleme sind im Vergleich dazu gering. Daraus folgt weiter, dass die Frage einer globalen Verteilungs- oder Beteiligungsgerechtigkeit zu den gewichtigsten Problemen gehören wird, die wir in den nächsten Jahren zu lösen haben. Ich halte sie für eine der wirklichen Überlebensfragen der Menschheit. Gelingt es uns nicht – auch das wird in den Beiträgen der Autorinnen und Autoren deutlich –, größere weltweite Gerechtigkeit insbesondere für die noch nicht entwickelten Länder auf den Weg zu bringen und in allen Bereichen herzustellen und zu verstetigen, werden wir den Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen nicht wirklich bekämpfen können. **Sechstens:** Global Governance ist aus meiner Überzeugung – Noreena Hertz hat das ausführlich begründet – unverändert der richtige Ansatz. Es geht um mehr Gerechtigkeit durch mehr Globalisierung, um eine Globalisierung der Politik, um das Primat der Politik in der globalen Arena über die globale Wirtschaft. Weltweite soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit verlangt eine Aufwertung und Ausweitung der global agierenden Institutionen, eine – und damit bin ich bei meinem siebten Punkt – Reform des Welthandels und der Weltfinanzinstitutionen, Verpflichtung dieser Institutionen auf die ILO-Kernarbeitsnormen, demokratische Ausgestaltung der Strukturen, Transparenz der Entscheidungen und Rückkoppelung dieser Institutionen an die demokratisch legitimierte Repräsentanten in den Ländern, in denen diese Institutionen agieren. **Es gibt – achtens** – keinen Königsweg, den Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft global voranzubringen. Es gibt Ansätze, die wir parallel und miteinander verfolgen müssen. Es gibt den einen Ansatz, und den halte ich für notwendig, die regionalen Einheiten zu stärken, um z.B.

das Gewicht der Europäischen Union in diesem Konzert zu erhöhen. Zugleich können und müssen Initiativen in anderen Weltteilen unterstützt werden, z.B. mit dem Ziel, dass Afrika das Programm der "Selbststärkung" wirklich fortführt und so seinen Anteil in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik erhöht; z.B. in dem Bemühen, neben der real existierenden nordamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft auch eine solche für Lateinamerika zu entwickeln, damit die dort lebenden Menschen sich insgesamt einen einheitlichen Wirtschafts- und politischen Gestaltungsraum eröffnen und so zugleich das Gewicht Lateinamerikas in der Weltwirtschaft vergrößern. **Also kein Königsweg**, sondern unterschiedliche Wege durch Stärkung der regionalen Einheiten – nicht mit dem Ziel der Abschottung, sondern des größeren Gleichgewichts. Ergänzt werden wird dieser Ansatz müssen durch die Stärkung der sozialen Bewegungen und den Ausbau gewerkschaftlicher Kooperationen (um z.B. über Betriebsräte die Verwirklichung der Codes of Conduct zu erreichen). Das Vorantreiben freiwilliger Vereinbarungen in möglichst vielen Unternehmen und schließlich der politische Einfluss zur Reform der globalen Finanz- und Handelsinstitutionen sind weitere Möglichkeiten, mit denen wir Globalisierung und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden können. **Die beiden zuletzt genannten Punkte**, die bereits während der Jahrestagung 2002 diskutiert wurden (siehe dazu die Beiträge von Kari Tapiola, Dirk Mahler und Erich Klemm), halten wir für so gewichtig, dass wir sie zum Thema der Jahrestagung 2003 machen werden: "Arbeitnehmerrechte in einer globalisierten Welt", lautet der Arbeitstitel. Und wir unterstreichen die Bedeutung dieser Fragestellung dadurch, dass wir den zweijährlich vergebenen Otto-Brenner-Preis für 2003 unter das Thema stellen: "Fit for Fair – für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Sportswear-Industrie". Wir wissen aus Untersuchungen und nicht zuletzt aus unseren eigenen internationalen Kontakten, dass es insbesondere bei der Herstellung von Sportartikeln, Sportbekleidung und Sportschuhen oft verheerende Arbeitsbedingungen gibt. Wir wollen mit dieser Themensetzung Gruppen und Initiativen im sportlichen Bereich, in den Gewerkschaften und Schulen, kurz überall dort, wo Menschen aktiv werden, ermuntern, durch fantasievolle und effektive Aktionen dazu beizutragen, dass das Thema menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Sportswear-Industrie noch stärker ins öffentliche Bewusstsein rückt (mehr zu den Teilnahmebedingungen unter www.otto-brenner-stiftung.de). **Nach der Bundestagswahl vom 22. September 2002** ist das Unbehagen an der Politik – nicht nur in den Gewerkschaften – leider nicht geringer, sondern – so meine Feststellung – allenthalben größer geworden. Die Gewerkschaften werden dieses Unbehagen nicht vier Jahre ohne gründliche strategische Diskussionen aushalten. Wir müssen eine strategische Debatte führen, wo unsere politische Identität als Gewerkschaften jenseits von Tarif- und Betriebspolitik ist, und wie wir unseren politischen Einfluss neu organisieren können – in einer Situation, in der sich alle Parteien den Gewerkschaften und ihren Positionen nicht unbedingt nähern. Die eigenständige Formulierung von Mitgliederinteressen auch jenseits der Tarifpolitik ist zweifelsohne notwendig. Aber die Gewerkschaften sind in diesem Feld keine unmittelbaren politischen Akteure, sondern adressieren ihre Forderungen an Parteien, Parlamente und Regierungen. Von daher gilt es zu fragen: Wo sind die Antworten der Gewerkschaften auf die neuen gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen, auf den demographischen Wandel, auf die grundlegend anderen Wettbewerbsbedingungen infolge der Globalisierung, auf die Gerechtigkeitsfrage, die unter den Mitgliedern mobilisierungsfähig und gegenüber der Politik durchsetzungsfähig sind? Denn ein Teil des Forderungskatalogs aus gewerkschaftlichem Strukturkonservatismus ist weder das eine noch das andere. **Wir stimmen rasch überein**, dass es einen neoliberalen Zeitgeist gibt, dass es eine Hegemonie dieses Zeitgeistes gibt. Aber die Frage, mit welcher Strategie wir diesen neoliberalen Zeitgeist überwinden, ist keineswegs gelöst, ja häufig noch nicht einmal richtig gestellt. Überwinden wir ihn mit der Verschärfung des Lagerdenkens, mit der Beschimpfung der neoliberalen Agenturen und Akteure, mit dem Schmoren in dem eigenen Saft? Ich glaube nicht, dass so der neoliberale Zeitgeist zu überwinden ist. Die Gewerkschaften brauchen Widerstand und Demonstrationen gegen das, was ihnen nicht passt, nicht im Interesse ihrer Mitglieder ist. Aber sie brauchen auch den Diskurs. Sie brauchen die öffentliche Aktion, aber sie brauchen auch die Argumentation und die argumentative Auseinandersetzung. Wir dürfen nicht ausgrenzen, sondern müssen uns mit denen, die anderer Meinung sind, auseinander setzen. **Diskurs und Argumentation** gehörten schon bisher zu den zentralen Anliegen der Otto Brenner Stiftung – ein Blick auf die Dokumentation der bisherigen Jahrestagungen unterstreicht dies.[1] Diskurs und Argumentation – das will die Otto Brenner Stiftung auch weiterhin. Dafür will sie Plattform bleiben, interessengeleitet, zielbestimmt, aber auch offen für die Auseinandersetzungen mit der Vielfalt der Meinungen, die es in der Gesellschaft gibt und geben wird. [1] Siehe hierzu: Heiner Flassbeck / Anthony Giddens / Franziska Wiethold / Klaus Zwickel u.a., Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend, Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Hamburg 2000; Pierre Bourdieu / Erhard Eppler / Renate Ohr / Klaus Zwickel u.a., Neue Wege der Regulierung, Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik, Hamburg 2001; Christopher Flavin / Brigitte Young / Christoph Scherrer / Klaus Zwickel u.a., Global Governance, Gewerkschaften und NGO's – Akteure für Gerechtigkeit und Solidarität, Hamburg 2002

Leseprobe 3

Inhalt:

Michael Blank

Globalisierung oder Gerechtigkeit?

Politische Gestaltung und soziale Grundwerte (Leseprobe 1)

Soziale Gerechtigkeit unter Globalisierungsdruck?

Noreena Hertz

Die soziale Gerechtigkeit steht unter dem Druck der Globalisierung!

Friedhelm Hengsbach SJ

Die "Globalisierung" sollte dem sanften Druck sozialer Gerechtigkeit unterstellt werden

Susan George

Durchsetzung der Demokratie im internationalen Raum

Anforderungen an eine Politik sozialer Gerechtigkeit

Klaus Zwickel

Dimensionen einer gerechten Gestaltung der Globalisierung

Die Verantwortung von Gewerkschaften und Unternehmen

Ulrich Schneider

Wir brauchen einen neuen Begriff sozialer Gerechtigkeit

Eine Polemik zur Werteproblematik in der Sozialstaatsdebatte

Martin Kannegiesser Chancen und Risiken der Globalisierung fair beurteilen Gerechtigkeit verlangt auch Effizienz

Arbeitnehmerrechte in einer globalisierten Welt

Kari Tapiola

Die Entwicklung von grundlegenden Arbeitsstandards und Arbeitnehmerrechten

Dirk Mahler

Die negativen Seiten der Globalisierung durch flexible Lösungen begrenzen

Erich Klemm

Arbeitnehmerrechte müssen als Teil der Menschenrechte global gesichert werden

Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert –

Worthülse oder Grundwert sozialer Politik?

Ursula Engelen-Kefer

Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und die Reform des Sozialstaats

Gregor Gysi

Das Primat der Politik über die Wirtschaft zurückgewinnen

Karl Kardinal Lehmann

Globalisierung mit sozialem Ausgleich verbinden

Edzard Reuter

Sechs Thesen zu Globalisierung und Gerechtigkeit

Klaus Lang

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit! (Leseprobe 2)

Autorenreferenz

Michael Blank ist Justiziar der IG Metall und Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a.M. **Ursula Engelen-Kefer** ist stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. **Susan George** ist stellvertretende Vorsitzende von Attac Frankreich und stellvertretende Leiterin des Transnational Institute, Amsterdam, lebt in Paris. **Gregor Gysi**, Senator a.D. für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Bürgermeister a.D. des Landes Berlin, ist Rechtsanwalt in Berlin. **Friedhelm Hengsbach SJ** leitet das Oswald von Nell-Breuning-Institut an der Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt a.M. **Noreena Hertz** ist stellvertretende Leiterin des Center for International Business, Cambridge-Universität, London. **Martin Kannegiesser** ist Unternehmer und Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Köln. **Erich Klemm** ist Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der DaimlerChrysler AG, Stuttgart. **Klaus Lang** ist Leiter des Büros des 1. Vorsitzenden der IG Metall und Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a.M. **Karl Kardinal Lehmann** ist Vorsitzender der Deutschen

Bischofskonferenz, Mainz. **Dirk Mahler** ist Leiter der Rechtsabteilung der Unternehmensgruppe Freudenberg & Co., Weinheim. **Edzard Reuter** ist ehem. Vorstandsvorsitzender der DaimlerChrysler AG, Berlin. **Ulrich Schneider** ist Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband e.V., Kassel. **Kari Tapiola** ist Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation, Genf. **Klaus Zwickel** ist 1. Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt a.M.

Quelle: <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/globalisierung-oder-gerechtigkeit/>